

Etwas mehr Politikerinnen

Wien – Der Frauenanteil in der heimischen Politik hat sich 2019 etwas verbessert. Von halbe-halbe sind fast alle Ebenen zwar noch weit entfernt, die Zahl der weiblichen Nationalratsabgeordneten, der österreichischen EU-Mandatarinnen und der Bürgermeisterinnen ist seit Jahresanfang aber leicht gestiegen. In einer Bundesregierung ist erstmals Parität zwischen Männern und Frauen. Unter Türkis-Blau betrug der Frauenanteil in der Regierung 35,7 Prozent. Bei der Übergangsregierung wurde auf Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern geachtet: Von den zwölf Regierungsgliedern sind sechs Frauen.

Der Frauenanteil im Nationalrat ist mit der vergangenen Wahl zum vierten Mal in Folge etwas gestiegen. Die 71 Mandatarinnen bedeuten einen Anstieg von 37,2 Prozent zu Jahresanfang auf 38,8 Prozent. Von den 61 Mitgliedern des Bundesrats sind 24 weiblich, das ist um eine Bundesrätin mehr als Anfang 2019. Auch die Zahl der Frau-

en unter Österreichs EU-Parlamentariern hat sich nach der EU-Wahl im vergangenen Mai erhöht. Von den 18 Mandatären sind neun weiblich. Davor waren es sieben.

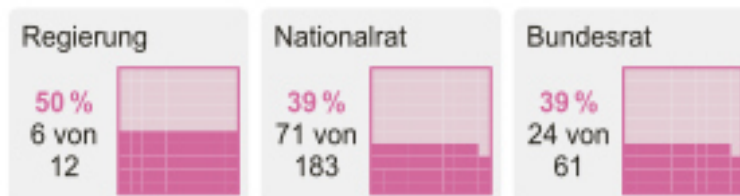
Der Frauenanteil in den Landesregierungen ist von 36 auf 39 Prozent ebenfalls leicht gestiegen, wie aus einer Aufstellung von Werner Zögeritz, Ex-ÖVP-Klubdirektor und Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, hervorgeht. Nach wie vor gibt es mit Niederösterreichs Regierungschefin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) aber nur eine Landeshauptfrau. Leicht gesunken ist die Zahl der Frauen in Landtagen: 139 der insgesamt 440 Mitglieder sind weiblich (vorher 141). Den höchsten Frauenanteil hat Vorarlberg mit 42 Prozent, den niedrigsten Kärnten mit 22 Prozent.

Nach wie vor gibt es wenige Ortschefinnen. Heuer ist die Zahl der Bürgermeisterinnen zwar von 165 auf 178 gestiegen – bei 2096 Gemeinden ist das aber nur ein Anteil von 8,5 Prozent. (APA, TT)

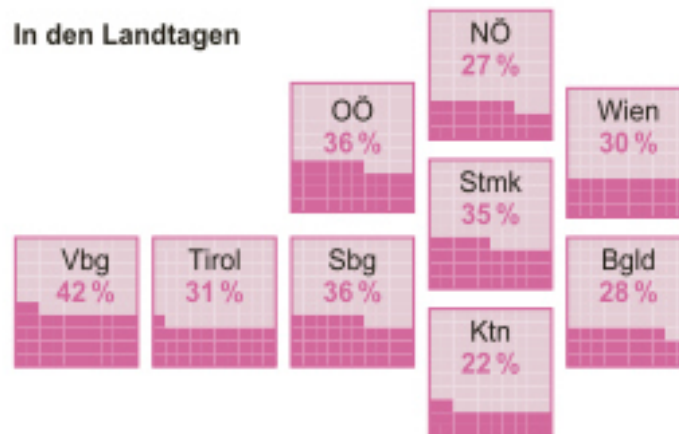
Frauenanteil in Österreichs Politik

Auf Bundesebene

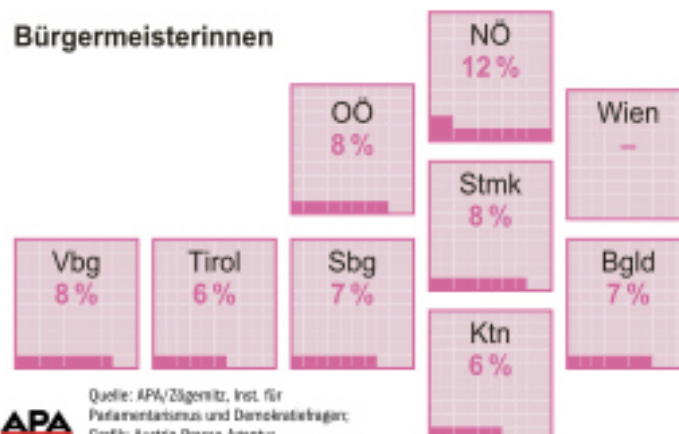
Stand Dezember 2019



In den Landtagen



Bürgermeisterinnen



Quelle: APA/Zögeritz, Inst. für
Parlamentarismus und Demokratiefragen;
Grafik: Austria Presse Agentur